



«So wie die Gemeinde vor Ort für die Baugesuche, die Feuerwehr, die Volksschule etc. verantwortlich ist, so soll die Gemeinde auch für ihre Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sein.»

Martin Brun, Kantonsrat, Sattel



«Gemeinden sollen nicht nur bezahlen, sie sollen auch mitbestimmen können.»

Valeria Geissbühler, Gemeinderätin, Schübelbach



«Wer mitbezahlt, trägt eine Mitverantwortung und muss folglich auch das Recht auf Mitentscheiden haben.»

Max Helbling, Kantonsrat, Steinerberg



«Völlig unerwartet kann jeder betroffen sein. Entscheidungen sollen schnell und unkompliziert vor Ort getroffen werden können. Die Gemeinden können diese Verantwortung am besten übernehmen.»

Gabriela Schnell, Gemeinderätin, Schindellegi-Feusisberg



«Wann immer möglich, sollen Entscheidungen unbürokratisch innerhalb der Familie gefällt und getragen werden.»

Bernadette Wasescha, Kantonsrätin, Küssnacht



Initiativkomitee: **Nationalrat Pirmin Schwander** (Präsident), Lachen; **Nationalrat Marcel Dettling** (Vizepräsident), Oberiberg; **Marc Abplanalp**, Immensee; **Rico Betschart**, Ried-Muotathal; **Gemeinderat Stefan Betschart**, Lauerz; **alt Kantonsrat René Bünler**, Lachen; **Kantonsrat Bernhard Diethelm**, Vorderthal; **Kantonsrat Walter Duss**, Freienbach; **Christian Eiholzer**, Küssnacht; **Gemeinderätin Valeria Geissbühler**, Buttikon; **Kantonsrat Thomas Hänggi**, Feusisberg-Schindellegi; **Kantonsrat Max Helbling**, Steinerberg; ehem. Präsident JSVP-SZ **Lukas Kauflin**, Einsiedeln; **Kantonsrat Matthias Ulrich**, Küssnacht; **Kantonsrätin Bernadette Wasescha**, Küssnacht.

Für Ihre finanzielle Unterstützung danken wir Ihnen: IBAN CH12 0900 0000 8994 1060 5



Familien stärken!

KESB-Initiative  **JA**
21. Mai





«Strukturen für anonyme Behörden passen zu einer Stadt. Dies entspricht aber nicht den Bedürfnissen der Bürger des ländlichen Kantons Schwyz.»
Marcel Dettling, Nationalrat, Oberiberg

Die KESB-Initiative «Keine Bevormundung der Bürger und Gemeinden» will die Zuständigkeit für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vom Kanton auf die Gemeinden übertragen.

Die Gemeinden sollen die Träger sein und Mitglieder sowie Ersatzmitglieder der Behörde bestimmen und die Mitarbeiter der Behördensekretariate und der Amtsbeistandschaften anstellen. Zudem sollen auch Lehrpersonen an privaten Schulen, Ärzte und weitere Personen Meldung an die KESB machen können. Allerdings besteht eine Pflicht, die Betroffenen vorgängig auf die beabsichtigte Meldung hinzuweisen.

Handlungsbedarf unbestritten

Die Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wurde schweizweit mit wenig Augenmass umgesetzt. Der fehlende Einbezug der Gemeinden führte in vielen Kantonen zu Schwierigkeiten.

Der Bundesrat bringt klar zum Ausdruck, dass die Kantone in der Ausgestaltung des Gesetzvollzuges frei sind und spezielle kantonale Strukturen und Bedürfnisse berücksichtigen können.

Und genau da setzt die KESB-Initiative «keine Bevormundung der Bürger und Gemeinden» an. Strukturen für anonyme Behörden mögen zu einer Stadt passen, entsprechen aber nicht den Bedürfnissen der Bürger des ländlichen Kantons Schwyz.

Der Handlungsbedarf im Kanton Schwyz ist unbestritten. Dies wird durch die vielschichtigen Vorstösse aus unterschiedlichen politischen Lagern seit der Einführung der Behörde bis heute bestätigt. Die Initiative löst die bestehenden Schwierigkeiten.

«Es ist unbestritten, dass in der Organisation der KESB Handlungsbedarf besteht. Die Gemeinde kann vor Ort sofort handeln, damit löst die Initiative bestehende Probleme.»

Pirmin Schwander, Nationalrat, Lachen



✓ **schnell**
✓ **menschlich**
✓ **bürgernah**

Gemeinden können vor Ort sofort handeln.

Schnell – menschlich – bürgernah

Oft handelt es sich um Schicksalsschläge oder ungeplante Situationen, wenn die KESB involviert ist. Es ist praktisch nicht auszuschliessen, dass in solchen Situationen emotionale Aussagen und Handlungen einander übertreffen. Gerade deshalb ist eine schnelle Reaktionszeit wichtig.

Es müssen Personen, welche die familiäre Situation bereits kennen, in kurzer Zeit einen unkomplizierten Entscheid fällen können. Dies sind Personen in der Gemeinde – vor Ort.

Mitbezahlen – mitbestimmen

Gemeinden müssen für die getroffenen Massnahmen finanziell aufkommen. Daher ist es sinnvoll, dass die Gemeinden wieder in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden.

Es leuchtet nicht ein, weshalb die Gemeinden für Feuerwehr, Schulen etc. vor Ort verantwortlich sein sollen, wenn es um das Wohl ihrer eigenen Bürger geht, haben sie aber nichts zu sagen. Gemeinden sollen sich wieder um ihre Bürger kümmern können.

Subsidiarität und Verhältnismässigkeit

Den eidgenössischen Gesetzgebungen zufolge müsste man meinen, wenn die Unterstützung der hilfsbedürftigen Person durch Angehörige oder Dritte gewährleistet werden kann oder bereits gewährleistet ist, besteht kein Raum für behördliche Massnahmen. Mit Bezug zur Praxis muss leider festgestellt werden, dass die Umsetzung im Kanton Schwyz dieser Annahme nicht entspricht!

Mit 70% Amtsbeistandschaften wird heute im Kanton Schwyz die Bürokratie geradezu gefördert. Das bundesrechtlich geforderte Subsidiaritätsprinzip wird nicht eingehalten.

Sonderfall Schwyz korrigieren

Die Schwyzer Organisation der KESB und Berufsbeistandschaften unter einem Dach ist schweizweit eine Ausnahme.

Nach dem heutigen System sucht die KESB die Amtsbeistände aus, stellt die Beistände an und bildet sie aus. Die KESB erteilt Aufträge an die Amtsbeistände und überprüft sie. Somit ist KESB gleichzeitig Arbeitgeber, Auftraggeber und Kontrollorgan. Dies führt heute zu nicht nachvollziehbaren Massnahmen auf dem Rücken der Betroffenen. Es gibt kein kritisches Kontrollorgan. Dieser Interessenskonflikt gilt es zu korrigieren.

Mit der Annahme der kantonalen KESB-Initiative werden die Familien gestärkt, indem die Strukturen angepasst werden und Entscheide wieder schnell, menschlich und bürgernah gefällt werden können.